

*Liebe Genossinnen und Genossen, statt der nächsten Beratung mit den Vertreter*innen der Ortsverbände und Basisorganisation laden wir euch ein, mit uns gemeinsam den Film „Free Lunch Society - komm komm Grundeinkommen“ anzusehen.*

Der Film beginnt am 04.04.2018 um 18:30 Uhr im Puschkino, Kardinal-Albrecht-Straße 6, 06108 Halle (Saale).

Anschließend haben wir Gelegenheit zur Diskussion.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

3. Ausgabe / 28. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

13. März 2018

Emanzipation

**Man stutzte uns die Flügel,
schloss uns fürsorglich ein:
Dein Hochmut ist von Übel
Du sollst wie alle sein!**

**Doch streute den Gestutzten
Man Wissenskörner aus,
die eifrig wir verputzten
und flogen aus dem Haus.**

**Wie uns die Welt begegnet...
Mal schien die Sonne heiß,
es hat zu oft geregnet.
Mehr gebe ich nicht preis.**

**Doch lass ich mich nicht sperren
Mehr in den warmen Stall.
So ist ´s, ihr großen Herren,
so wird es überall.**

Marlene Neuber

Impressionen vom Frauentag 2018



Aus der Stadtratssitzung vom 28. Februar 2018

Nicht immer wird die Einwohnerfragestunde voll „ausgenutzt“. Eine Stunde steht den Bürger*innen aus Halle nach unserer Geschäftsordnung zur Verfügung, um Anfragen an die Stadtverwaltung zu aktuellen Problemen zu stellen. In der letzten Einwohnerfragestunde war wieder das Thema „HASI“ präsent. Viele positive Meinungen zum Projekt „HASI“ waren zu hören, auch von Anwohner*innen. Es gab aber auch wieder „Gegenmeinungen“.

Im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung wurde wieder um den Fortbestand des soziokulturellen Objektes gerungen, aber leider bekamen die Anträge nicht die erforderlichen Mehrheiten. Mit dieser Entscheidung ist das Aus für das Projekt besiegelt worden.

Der Ehrenkodex für den Stadtrat wurde noch nicht beschlossen. Es gibt noch einige Fragen zur Umsetzung, die im Hauptausschuss beraten werden müssen. Zum Hintergrund: Die Stadt Halle (Saale) ist Mitglied bei Transparency International. Aus dieser Mitgliedschaft ergibt sich, dass der Stadtrat sich zur Anti-Korruption bekennt. Der Stadtrat muss dazu einen Ehrenkodex bzw. eine Ehrenordnung verabschieden. Er beinhaltet u. a., dass die Mitglieder des Stadtrates keine Geld- oder Sachspenden annehmen, die ihnen unangemessene Vorteile bringen würden. Mit einer Selbstauskunft sollen Stadträte Angaben zu ihren beruflichen und nebenberuflichen Tätigkeiten machen. Für nochmals lange und kontroverse Diskussionen sorgte das Thema „Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Mit diesem Konzept als Grundlage geht es in die Verhandlungen beim Land. U. a. beinhaltet das Konzept, dass die Staatskapelle nicht (wie im alten Konzept) auf 99 Musiker reduziert wird, sondern jetzt auf 115 Musiker. Zur weiteren Konsolidierung ist vorgesehen, auf das 13. Monatsgehalt der Mitarbeiter zu verzichten. Dagegen aber ist unsere Fraktion und hat einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt.

Katja Müller argumentierte, dass „eine Konsolidierung nicht auf Kosten der Mitarbeiter ausgetragen werden soll“. „Wir verteidigten unsere Maximalforderungen, mit denen wir in die Verhandlungen mit dem Land gehen wollen“, verteidigte Bodo Meerheim unsere Position. Aber unser Antrag fand im Stadtrat

keine Mehrheit, das Strukturanpassungskonzept aber. Der Variantenbeschluss zum Ausbau der Merseburger Straße (zwischen Thüringer Straße und Rosengarten) wurde ebenfalls sehr kontrovers diskutiert. Unsere Fraktion hat gegen die Vierspurigkeit gestimmt. Nach unserer Auffassung wird sich in den nächsten Jahren die Mobilitätsnutzung verändern, so Rudenz Schramm in der Diskussion. Ein weiteres Argument unserer Fraktion ist auch, dass sich durch den Ausbau der Osttangente eine Alternative für den Verkehr ergeben hat.

Mehrere Baubeschlüsse von Sanierungen an Schulen passierten den Rat und wurden auch angenommen. Auch eine Dringlichkeitsvorlage für einen Schulneubau am Holzplatz wurde angenommen.

Unser Finanzexperte Bodo Meerheim fand unterschiedliche Zahlenangaben zur Sanierung der Grundschule Kastanienallee. Das sorgte für mehrere Unterbrechungen im Stadtrat und letztlich zu einer Korrektur des Beschlusses.

Die Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasieger im öffentlichen Raum sorgte seit Monaten für Diskussionen im Sportausschuss und anderen Gremien des Stadtrates. Was erst nicht ging, wird nun doch realisiert! Die Ehrung der Olympiasieger wird am Hansering für die Öffentlichkeit vorgesehen! Ohne große Diskussion wurde ein Antrag unserer Fraktion beschlossen: die Erweiterung des Anspruchsberechtigten für den Halle-Pass A. Nun können auch Anspruchsberechtigte der Sozialleistungen Wohngeld und Kinderzuschlag den Antrag auf Ausstellung des Halle-Passes A stellen.

Auch der Antrag der MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlamentes wurde – mit unseren Stimmen – angenommen.

Unser Antrag zur Einrichtung von Stadtteilräten wurde zunächst zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss verwiesen.

Der Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters zu einer Erklärung – Keinen Platz der „Identitären Bewegung“ und ihrer „menschenverachtenden Ideologie“ wurde angenommen. Die CDU/FDP-Fraktion hat vor dem Stadtrat einen Änderungsantrag eingebracht.

Dieser Änderungsantrag wurde von den einbringenden Fraktionen der Erklärung scharf kritisiert. Der Änderungsantrag beinhaltet zwar auch die Position gegen das IB-Haus, aber kritisiert auch den Linksextremismus, der mit dem Agieren des Projektes „HASI“ untersetzt wurde.

Katja Müller unterstrich, „dass der Änderungsantrag zu einer Banalisierung rechter Gewalt führt.“
Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ute Haupt,
Stadträtin

Hendrik Lange wurde auf unserer Mitgliederversammlung als gemeinsamer Kandidat für Bündnis 90/Die Grünen, SPD und LINKEN einstimmig bei zwei Enthaltungen bestätigt. Bereits am 14.02.2018 gaben Bündnis 90/Die Grünen und am 16.02.2018 die SPD ihre positiven Voten ab.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat März Geburtstag haben.



Senioren-Cafe' am 28. März ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:

„Patientenverfügung:

Was kann - soll - muß ich regeln?

Wie verbindlich sind Patientenverfügungen?“

Gespräch mit Dr. Viola Schubert-Lehnhardt

Vorschau April:

Senioren-Cafe' am 25.04. ab 14:30 Uhr

Stadtrundgang

mit Dr. Sigrid Lange: „Hier spielt die Musik“!

Auf den Spuren berühmter hallescher

Komponisten und Musiker

Treff: Marktkirche, am Lutherrelief

PRESSEMITTEILUNG

05.03.2018

„Wir unterlassen nicht“

AfD geht gegen kritischen Journalismus vor. Fachmagazin »der rechte rand« wird geforderte Unterlassungserklärung nicht unterzeichnen

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) will dem Fachmagazin »der rechte rand« die Nutzung der Domain „afd-im-bundestag.de“ untersagen. Mark Roth, Mitglied der Redaktion, erklärt dazu: „Berichterstattung über die AfD ist unser journalistisches Recht und als AntifaschistInnen unsere Aufgabe. Wir werden die geforderte Unterlassungserklärung nicht abgeben. Wir unterlassen gar nichts.“

Am 26. Februar 2018 hat die AfD das seit fast 30 Jahren erscheinende Magazin »der rechte rand« durch die Kölner Anwaltskanzlei „Höcker“ aufgefordert zu unterlassen, die Internet-Domain www.afd-im-bundestag.de registriert zu halten, und fordert die Löschung der Domain. Angeblich werde durch die Nutzung das Namensrecht der Partei verletzt. Die durch die AfD und ihre beauftragte Kanzlei genannte Frist zur Abgabe einer Unterlassungserklärung ist heute, Montag, der 5. März 2018.

Zum Anliegen der AfD erklärt Mark Roth: „Wir wissen, dass unsere Recherchen und Berichterstattungen die extreme Rechte stört – das soll es auch. Seit fast drei Jahrzehnten haben wir dokumentiert und mit Recherchen ans Licht geholt, was der rechte Rand von Politik und Gesellschaft lieber unter der Decke halten will. Für uns ist klar: Wir werden weiterhin über die rechtsradikale AfD recherchieren und berichten – das ist unser Recht.“

Und Roth weiter: „Seit Gründung der AfD im Jahr 2013 haben wir über die Partei und ihre Aktivitäten berichtet. Wir dokumentieren in unserem Magazin und auf unserer Website ihre Entwicklung, ihren kontinuierlichen Weg zu einer rechtsradikalen Partei, ihren Rassismus, ihre Nähe zu Völkischen und Neonazis. Und wir schreiben immer wieder darüber, wie die Partei in den Landtagen und seit der Bundestagswahl im September 2017 im Bundestag agiert. Dazu haben wir im Juli 2017 mit Blick auf den zu erwartenden Einzug der AfD und unsere verstärkten Berichte zu dem Thema die Domain afd-im-bundestag.de registriert und für unsere journalistische Berichterstattung genutzt. Damit sind wir der AfD, ihrer Bundestagsfraktion und ihren Abgeordneten natürlich ein Dorn im Auge.“

Über die Nutzung der Domain „afd-im-bundestag.de“ durch das Fachmagazin »der rechte rand« hatte der Berliner „Tagesspiegel“ bereits vor sechs Monaten (08.09.2017) ausführlich berichtet. Auch in anderen Medien, wie zum Beispiel auf der Website der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (gew.de, 09.11.2017), oder auch in unseren eigenen Angeboten (Print/Online) haben wir seit September 2017 die Nutzung der Domain öffentlich verbreitet.

Das Magazin »der rechte rand« wird durch die Anwaltskanzlei Hoffmann/Elberling (Kiel) vertreten.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:
Kontakt zur Redaktion: redaktion@der-rechte-rand.de
Kontakt zur Anwaltskanzlei Hoffmann/Elberling: info@anwalthoffmann.de

Wir würden uns über eine Berichterstattung freuen und verbleiben mit freundlichen Grüßen für die Redaktion
Mark Roth

PRESSEMITTEILUNG

Politik
Gesellschaft
Inland
Medien
Online

Magazin
derrechterand

redaktion@der-rechte-rand.de

Seit 1989 erscheint »der rechte rand« alle zwei Monate. Wir berichten über rechte Parteien, Kameradschaften, rechte Think Tanks, Webportale, Magazine und Verlage, Musikbands und Label, Aufmärsche und Tagungen, Themen und Kampagnen – in der Bundesrepublik sowie international.

Fundierte und prägnante Recherchen und Analysen lenken die Aufmerksamkeit auch auf unterbelichtete oder ausgeblendete Aspekte. Das Magazin zeigt, wie der rechte Rand gesellschaftlich verankert ist und an Themen der gesellschaftlichen ‚Mitte‘ anknüpft.

Für unser Magazin schreiben Aktive aus antifaschistischen Gruppen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen. Unsere AutorInnen beobachten Aufmärsche aus der Nähe, berichten aus geschlossenen Veranstaltungen der rechten Szene, werten Flugblätter und Zeitschriften aus.

Unsere AutorInnen sind ExpertInnen und beschäftigten sich seit Jahren mit dem Thema.

Magazin von und für ANTIFASCHISTINNEN

www.der-rechte-rand.de www.facebook.com/derrechterand [#derrechterand](https://twitter.com/derrechterand)

Die AfD in den Parlamenten – Provokation und Hass

Ein Vortrag zum „neuen“ Alltag im Bundestag und im Landtag von Sachsen-Anhalt. Henriette Quade, MdL, und Petra Sitte, MdB, sind Augenzeuginnen der Verrohung demokratischer Kultur in unseren Parlamenten. Nach dem Einzug der AfD in den Bundestag hat sich das Klima im Hohen Haus verändert, Provokation ist alltäglich geworden. Wie schafft man den größtmöglichen Skandal, wie kommt man in die Presse und wie kann man sich vor seinen Anhängern am Besten in Szene setzen, scheinen die wichtigsten Fragen für die Abgeordneten der AfD zu sein. Parlamentarische Arbeit? Mangelhaft! Doch wie gehen LINKE Parlamentarier*innen mit dieser Methode um? Im Magdeburger Landtag konnten wir die Verhaltensweisen der AfD schon anderthalb Jahre länger beobachten und Erfahrungen sammeln, wie sich die neue, rechte Partei parlamentarisch gebärdet. Was können wir daraus lernen? Die Abgeordneten Henriette Quade, MdL, und Petra Sitte, MdB, nehmen die Ausstellung des VVN-BdA zur AfD im Linken Laden (im Rahmen der Bildungswochen gegen Rassismus) zum Anlass, um von ihren Erfahrungen in den Parlamenten zu berichten und über sie zu diskutieren.

Ausschlussklausel: Die Veranstalter*innen behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen



und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu den Veranstaltungen zu verwehren oder von diesen auszuschließen. Das gilt ebenso für Personen, die rechtsradikale Symbolik und Bekleidungsmarken zur Schau stellen, insbesondere gilt dies für die Modemarke Thor Steinar.

16.03.2018, 18 Uhr Linker Laden (Leitergasse 4, 06108 Halle)

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

DIE LINKE Saalekreis

Leitergasse 4

(Eingang über Geiststraße)

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

08.03.2018

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 05.04.2018

DIE LINKE. Ortsverband Halle-Nord lädt Mitglieder und Interessierte zu seiner nächsten Zusammenkunft zum Thema

„Der LINKE Aktionsplan Ost 2018“

für Mittwoch, 11. April 2018, 16:30 Uhr in den Linken Laden (Leitergasse 4) herzlich ein.

Die Landes- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in den ostdeutschen Bundesländern legten im Februar 2018 einen Vorschlag vor, um die soziale, ökonomische und kulturelle Benachteiligung der Menschen in den neuen Bundesländern abzubauen und zu beenden. Sowohl in Ländern mit linker Regierungsbeteiligung als auch in ostdeutschen Landtagen, in denen DIE LINKE in der Opposition ist, sollen verstärkt die Interessen der Ostdeutschen in den Vordergrund gestellt werden. Vor dem Hintergrund der Fortsetzung der Politik der Großen Koalition, die auf ostdeutsche Problemlagen sehr zurückhaltend reagiert, sollen soziale Gerechtigkeit durch konkrete und glaubwürdige Angebote untersetzt werden. Wie eine Renaissance des Sozialstaats und der öffentlichen Daseinsvorsorge aussehen soll, wird bei der Zusammenkunft von uns vorgestellt und diskutiert.

Was ist denn da passiert?

Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird einstimmig angenommen

Von Dorren Hildebrandt, MdL

Verschiedene kleine Anfragen zum Thema Berufsorientierung an Schulen hatten ergeben, dass das Bildungsministerium keine Notwendigkeit sieht, das Thema voranzutreiben. Dabei gibt es mit „Berufswahl richtig angehen – frühzeitig orientieren“, kurz Brafo ein gutes Programm beim Einstieg in den Berufswahlprozess. Dass die 5 Tage Interessen erkundung in Verbindung mit berufspraktischem Ausprobieren verschiedener Tätigkeiten den Jugendlichen tatsächlich etwas bringen, habe ich als Berufsberaterin häufig erlebt. Fragt man 9.- oder 10.-Klässler, warum sie sich für ein Berufsfeld entschieden haben, hört man Sätze wie „ich habe doch damals in der 7. Klasse Brafo mitgemacht, da habe ich gemerkt, dass mir das gefällt“.

Allerdings ist es nach diesem Einstieg durch Modul 1 in eine berufliche Orientierung jeder und jedem Einzelnen und den Schulen selbst überlassen, wie es in den Klassen 8 und 9 weitergeht. Viele engagierte Schulen bieten interessierten Schülerinnen und Schülern weitere Möglichkeiten zum Erkunden ihrer Interessen und von Berufsfeldern an, ob über AGs, Kooperationen mit regionalen Betrieben, Praxistage oder Projektwochen. Dort kämpft jede Schule für sich allein und die meisten entwickeln kreative und tolle Angebote. Aber der rote Faden durch den Berufswahlprozess fehlt im Land. Darum halten wir als Fraktion es für notwendig, Brafo weiterzuentwickeln.

Das bisher schon im Konzept vorgesehene Modul 2 – ein freiwilliges Praktikum in den Ferien in einem interessanten Berufsfeld – sollte für alle Schülerinnen und Schüler geöffnet werden.

Und warum kann es danach nicht mit Folgemodulen weitergehen, wo die Jugendlichen, wenn sie sich für ein Berufsfeld entschieden haben, genauer reinschnuppern können?

Dazu müssten aber schon jetzt konzeptionelle Festlegungen und praktische Entscheidungen z.B. zur Übernahme von Fahrkosten in ländlichen Gebieten und die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit berufsbildenden Schulen vor Ort, getroffen werden.

Auch wenn wir vertiefte Berufsorientierung als eindeutige Landesaufgabe sehen, um Fachkräfte zu ge-

winnen und Ausbildungsabbrüchen vorzubeugen, ist bei solchen Programmen die Bundesagentur für Arbeit als ein wichtiger Partner einzubinden. Und das nicht nur wegen möglicher Kofinanzierung, sondern weil dort in der Berufsberatung die Fachleute sitzen, die auf den individuellen Stand der einzelnen Schülerinnen und Schüler im Berufswahlprozess eingehen und sie bis zum Eintritt in die Ausbildung und oftmals auch darüber hinaus, begleiten. Dort sind auch häufig viele der freiwilligen und mühsam aufgebauten Projekte der einzelnen Schulen bekannt – komischerweise dort und nicht im Bildungsministerium.

Die örtlichen Projekte und Erfahrungen dürfen aus unserer Sicht nicht zerstört werden, sondern müssen in den roten Faden Brafo, der sich dann durch die Klassenstufen 7, 8 und 9 zieht, eingebunden werden. Damit wäre es für alle Beteiligten leichter, aber besonders würde es den Jugendlichen erleichtert, den richtigen Weg zum passenden Beruf zu finden.

Unser Apell war, dass Brafo nicht einfach beendet werden darf, nur weil die Förderung über ESF ausläuft. Doch genau diese Gefahr droht ab 2020 und das ist auch der Grund, warum wir diesen Antrag gestellt haben. Zu Beginn der kommenden Haushaltsverhandlungen hat die Landesregierung nun den klaren Auftrag, eine verbesserte Berufsorientierung fortzuführen und dafür Mittel einzustellen.

Die Koalition legte einen Änderungsantrag mit Ergänzungen zur Weiterentwicklung von Kompetenzfeststellungen bei Jugendlichen vor. Diesen Änderungsantrag haben wir selbstverständlich übernommen, weil er im Sinne unserer Ziele war.

Durch die einstimmige Beschlussfassung ist die Landesregierung nun gezwungen, etwas für eine gute Berufsorientierung an Schulen der Sekundarstufe 1 zu tun. Dem Landtag wird ab 3. Quartal im Ausschuss Arbeit, Soziales, Integration und dem Bildungsausschuss über den Stand berichtet.

Wenn sich das Bildungsministerium beim Thema Studien- und Berufsorientierung an Gymnasien zukünftig ähnlich schwerfällig bewegt, wird das einer unserer nächsten Anträge zu dem Themenfeld Ausbildungsmarktpolitik sein.

Rücktritt Poggenburgs ist weder Anlass zur Freude noch zur Hoffnung - Inhaltliche Distanzierung bleibt Fehlanzeige

Zum angekündigten Rücktritt des AfD-Fraktionsvorsitzenden erklärt die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade:

"Den Rücktritt von André Poggenburg kann man begrüßend zur Kenntnis nehmen, gleichwohl besteht weder Anlass zur Freude noch zur Hoffnung, dass die AfD-Fraktion nun einen anderen inhaltlichen Kurs einschlägt. Auf einen, der von ‚Kameltreibern‘ redet und den ‚Volkskörper reinigen‘ will, folgt womöglich ein Mitglied der Patriotischen Plattform und jemand der dazu anregt, an Moscheen zu pinkeln. Selbst wenn es nicht der bereits mehrfach kolportierte Oliver Kirchner ist, der die Nachfolge Poggenburgs antritt – in der AfD-Fraktion kommt niemand dafür in Frage, deren rassistischen und nationalistischen Kurs zu korrigieren. Was die AfD-Fraktion aufführt, bleibt ein internes Machtspiel. Genauso wie die inhaltliche Distanzierung von Poggenburgs Verbalausfällen Fehlanzeige bleibt."

In Berlin und (H)alle dabei – 100 Jahre Wahlrecht für Frauen

„Frauen sind erst dann erfolgreich, wenn niemand mehr überrascht ist, dass sie erfolgreich sind.“
(Emmeline Pankhurst¹).

Kolumne von Dr. Petra Sitte

Was wäre, wenn ...

... die Gesellschaft so aussehen würde: Frauen machen die Politik, gehen Berufen nach und genießen alle Privilegien. Die Männer sind zu Hause und kümmern sich um die Kinder und den Haushalt. Sie dürfen ohne Erlaubnis der Ehefrauen kein eigenes Geld verdienen. Sie erhalten keinen Zugang zu Bildung. Wenn sie sich scheiden lassen, verlieren sie ihre Kinder und bekommen keinen Unterhalt. Gehen sie einer Arbeit nach, in Fabriken zum Beispiel, dann sind sie nicht versichert und erhalten einen vielfach geringeren Lohn als Frauen. Sie werden ständig auf ihr Geschlecht reduziert, gelten als weniger intelligent und schwächer als Frauen und neigen zur Hysterie. Sie müssen lediglich gut aussehen, sollen ansonsten aber die Klappe halten. Vergewaltigung in der Ehe? Normalzustand. Der Mann hat es zu dulden, wenn die Frau will. Vor dem Gesetz existieren sie, die Männer, nicht. Sie haben keine Rechte und dürfen nicht wählen.

Unvorstellbar?

Eben.

Aber der weiblichen Hälfte der Bevölkerung wurde genau das über Jahrtausende zugemutet, ohne das daran etwas geändert wurde. Wären Männer in so einem System gefangen, was hätten sie wohl getan? Genau. Sie hätten sich gewehrt – und zwar zurecht! Sie hätten sich zusammengeschlossen, Männerrechtsvereine gegründet, Initiativen aufgebaut, Proteste or-

ganisiert, Petitionen eingereicht, Lobbyarbeit betrieben und gestreikt. Alles nur, damit auch sie die Anerkennung und Rechte erhalten, die ihnen zustehen und damit nicht eine Hälfte der Bevölkerung über die andere bestimmt.

Genau das taten die Frauen vor mehr als 100 Jahren. Sie hatten die Schnauze voll davon, Menschen zweiter Klasse zu sein; ohne Rechte, ohne Anerkennung, ohne Gleichstellung. Sie rüttelten an den Strukturen der Gesellschaft und brachten ein Jahrtausende altes System ins Wanken.

Als in England die industrielle Revolution losbrach, brachte das Wohlstand und Elend zugleich. Das Bürgertum erhielt immer mehr Rechte und emanzipierte sich in der Politik – das männliche Bürgertum wohlge-merkt. Frauen blieben, ebenso wie Kriminelle und Geisteskranke, vom Wahlrecht und anderen politischen Rechten ausgeschlossen. In Deutschland sah das übrigens nicht anders aus. Frauen hatten kein Mitbestimmungsrecht und waren den Bestimmungen und Entscheidungen der männlichen Gesetzgeber ausgeliefert. Daher forderten sie Zugang zu Bildung und zu öffentlichen Ämtern. Sie forderten soziale Absicherungen für Arbeiterinnen und einen Mindestlohn. Sie forderten gleiche Rechte für Männer und Frauen. Sie forderten das Wahlrecht, weil sie begriffen hatten, dass sie nur dann die Gesellschaft verändern können, wenn sie selbst an den Schalthebeln der Macht sitzen. Die Frauen gründeten Frauenrechtsvereine und -

gruppen und eigene Gewerkschaften. Sie übten parlamentarische Lobbyarbeit aus, reichten Petitionen ein, hielten öffentliche Versammlungen ab, schrieben an Abgeordnete und veröffentlichten eigene Artikel und Zeitschriften. Aber sie gingen auch auf die Straßen und demonstrierten für ihre Rechte. Und manche Frauenrechtsgruppen, so wie die englischen militanten Suffragetten, übten bewusste Regelüberschreitungen. Unter dem Motto Taten statt Worte zerschlugen sie Schaufenster, störten politische Veranstaltungen und zerstörten Eigentum.²

Im November 1918 erhielten die Frauen in Deutschland das Wahlrecht.²

Zum Frauentag am 8. März 2018 wird dieses Jubiläum gefeiert. Andere europäische Länder müssen bis zum 100-jährigen Jubiläum noch etwas warten. Italienische Frauen dürfen erst seit 1946 wählen, Griechinnen erst seit 1952 und die Schweizerinnen erst seit 1971! Seit 2005 dürfen Frauen in Kuwait wählen gehen und Saudi-Arabien erlaubt ein eingeschränktes Wahlrecht erst seit 2015.

Die Daten zeigen, dass offenbar noch immer nicht die Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen und auf der ganzen Welt erreicht ist. Vieles, wofür Frauen damals kämpften, muss heute noch immer erkämpft werden. Es gibt nach wie vor Länder wie Indien, Nigeria, Pakistan oder die Elfenbeinküste, in denen Mädchen keinen Zugang zu Bildung haben. Es sind auch die Länder, in denen Kriege und Armut herrschen. Wo keine Bildung ist, da gibt es keine Entwicklung, keine Arbeit, keinen Wohlstand – nicht nur für Frauen und Mädchen. Frauenrechte sind Menschenrechte.

Wir müssen gar nicht so weit schauen. Auch wenn die Frauen in Deutschland vor dem Gesetz gleichgestellt sind und mehr Rechte genießen als in den Armutsregionen dieser Welt, so gibt es auch hier immer noch Nachholbedarf. Im Gender Gap Report schaffte es Deutschland im Jahr 2017 auf Platz 12. Das ist nicht schlecht, aber besser geht es auf jeden Fall noch. Denn noch verdienen Frauen im Schnitt 21% weniger Lohn als Männer und sie sind auch noch nicht in allen öffentlichen Institutionen paritätisch vertreten. Im neu gewählten Deutschen Bundestag, zum Beispiel, sind lediglich 30,7% der Abgeordneten weiblich. So männlich war der Bundestag seit 19 Jahren nicht mehr. Das ist keine angemessene Repräsentanz der deutschen Bevölkerung. Und auch die Persönlichkeitsrechte der

**Basistreffen BO Riebeckplatz - Hofjäger
am 11. April ab 16 Uhr**

im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Straße 44:
Gesprächsrunde mit Landesschatzmeister
Dr. Achim Bittrich zu aktuellen Problemen
der Landespolitik.
Gäste sind herzlich willkommen!

Frauen sind in manchen Bereichen nach wie vor eingeschränkt. Denn noch gibt es den §219a des StGB, der Ärztinnen und Ärzten die Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch verbietet. Dabei verstößt das gegen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung – welches übrigens auch von der Frauenbewegung erkämpft worden ist. Initiativen wie das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung machen sich stark für die Streichung des Paragraphen.

Liebe Männer, die Frauen wollen euch nicht verdrängen. Sie wollen keine Gesellschaft, in der die eine Hälfte, die andere unterdrückt. Sie wollen eine gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter. Ist es zu viel verlangt, wenn wir alle den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit erhalten, wenn wir alle das gleiche Recht auf Teilzeit- und ein Rückkehrrecht auf Vollzeitbeschäftigung haben? Wäre es so schlimm, wenn wir uns einflussreiche Positionen in Ämtern, Mandaten und Aufsichtsräten paritätisch teilen würden? Wäre es nicht schön, wenn auch Väter mehr Zeit für ihre Kinder haben könnten, weil wir dieses veraltete Modell des Familienernährers über Bord werfen und stattdessen familienfreundlichere Arbeitszeiten, flexible Kita-Öffnungszeiten und ein Elterngeld für beide Elternteile einführen? Ist es so schwer zu verstehen, dass Frauen genauso vor Gewalt geschützt werden möchten, wie Männer? Nein? Dann lasst es uns zu einem gemeinsamen Ziel machen und für die Gleichstellung der Geschlechter einstehen. Wir haben alle etwas davon. Denn diese Ziele sind Ziele, die nicht nur den Frauen, sondern der gesamten Bevölkerung zugute kommen werden.

¹ Emmeline Pankhurst (1858-1928) war eine englische Frauenrechtlerin und Anführerin der militanten Suffragetten

² Karl, Michaela (2011): Die Geschichte der Frauenbewegung. Reclam Verlag Ditzingen
Grafik zum Frauenwahlrecht in Europa

Viel Aufregung im Merseburger Bündnis für Vielfalt und Zivilcourage

Am 27. Februar erreichte uns eine Nachricht vom Netzwerk Weltoffener Saalekreis, dass die AfD Saalekreis für den darauffolgenden Samstag, den 03.03., eine Demonstration in Merseburg geplant hat. Thema der Demonstration war der Zuzug im Wohnviertel Merseburg Nord. Die AfD Saalekreis titulierte „Demo gegen die Umvolkung in Merseburg ... und die Vertreibung und den zwangsläufigen Genozid an den dort lebenden Rentnern“. Hintergrund dieser Aktion war ein Beschluss des Kreistages im Dezember. Hierbei ging es um die Vergabe der neuen Aufträge zur dezentralen und zentralen Unterbringung von Geflüchteten und deren Betreuung. Die Aufträge gingen an zwei Auftragnehmer, woraufhin einer der beiden Wohnungen in Merseburg Nord angemietet hatte. Das Wohngebiet wird bisher zum größten Teil von Rentnern bewohnt.

Diese Entscheidung nahm nun die AfD als Aufhänger für einen Aufruf zu einer groß angelegten Demonstration. Rädelsführer Sven Liebich bespielte diverse Plattformen und berichtete mit angeblichen Hintergrundinformationen, um die Massen aufzuhetzen. Der Wahrheitsgehalt dieser Informationen liegt AfD-typisch im einstelligen Prozentbereich.

Der Koordinierungskreis des Merseburger Bündnisses und seine Berater beobachteten und beratschlagten, wie das Bündnis in so kurzer Zeit reagieren könnte. Und ob wir überhaupt die Manpower dazu haben. Schlussendlich erhielten wir eine Mail mit einem Aufruf für eine Gegendemonstration, welche wir über unseren Bündnisverteiler an die Partner, andere Bündnisse und Sympathisanten verschickten. Diesen Aufruf wollten wir jedoch nicht so groß öffentlich machen, um die Aktion der AfD nicht weiter zu befeuern.

Am Samstagmorgen erhielt der Koordinierungskreis von unserem Beraterteam, der Freiwilligenagentur, eine Nachricht, dass wir ein Leck in unserem Bündnisverteiler haben. Unser Aufruf war an Sven Liebich weitergeleitet worden, der diese Information nutzte, um per You tube unser Bündnis und vor allem die Freiwilligenagentur zu denunzieren. In der Botschaft auf You tube wurde bekannt, dass die Freiwilligenagentur mit rechtlichen Schritten rechnen müsse, denn in unserem internen E-Mailverkehr sieht sich die AfD diffamiert und als Hetzer beschimpft, wobei sie doch

nur Wahrheiten ans Licht bringe und die Demokratie vor fremden Übergriffen schütze. Unsere Sympathisanten wurden als „linke Maden“ bezeichnet, die für eine wachsende Kriminalität und Vergewaltigungen stehen.

Dieses You tube-Video schaute ich mir völlig entsetzt auf der Couch sitzend und eigentlich in Ruhe Kaffee trinken wollend, um den Tag anzugehen, an. Es hat mich den ganzen Tag beschäftigt und versetzte mich in eine Art Gelähmtheit, der ich auch bis zum Abend nicht entkommen konnte. Es fällt mir zunehmend schwerer, der Entwicklung in Deutschland beizuwohnen. Leider ist die Situation im Land nicht zufriedenstellend, weder für DIE LINKE noch für breite Bevölkerungsgruppen und die AfD hat ihre Chance gut genutzt, um die Probleme der Leute zu dramatisieren. Sie drehen uns die Worte im Munde rum und beschimpfen uns Linke als Nazis. In welcher Gesellschaft lebe ich hier, frage ich mich, und der Knoten im Magen zieht sich einmal mehr zusammen.

Unser nächster Schritt im Bündnis ist es, zu prüfen, wie wir mit unserem aktuellen Verteiler umgehen. Informationen werden nur noch spärlich gegeben – es werden Einladungen zu Sitzungen verschickt, nähere Informationen vor Ort, Protokolle und Terminplanungen lassen wir wohl vorsorglich weg, bis wir eine Lösung gefunden haben. Es wird uns aber nichts und niemand stoppen, für eine friedliche und bessere Gesellschaft zu kämpfen. Und stoppen lassen wir uns schon gar nicht.

Daniela Müller

Koordinierungskreis Bündnis Merseburg

24.03. Gedenken der Märzkämpfe im Saalekreis; nähere Info unter: vorstand@dielinke-saalekreis.de

11.04. Regionalkonferenz in MER zu Kommunalpolitischen Leitlinien

23.04. Kreisvorstandssitzung zusammen mit den Ortsvorsitzenden in Merseburg

28.04. Mandatsträgertreffen des Saalekreises

Das Bedingungslose Grundeinkommen (2. Teil)

Einige Überlegungen zur heutigen Praxis der Zahlungen von Sozialleistungen.

Wenn man heute Grundsicherung für Erwerbstätige (ALG II) oder Grundsicherung im Alter (Sozialhilfe) sowie Wohngeld, Berufsausbildungsförderung (BAB), Stipendium (BAföG) oder Kindergeldzuschlag erhalten möchte, muss man eine Offenlegung aller finanziellen Verhältnisse in der Familie oder Lebensgemeinschaft über sich ergehen lassen. Mühsam Angespartes muss zum größten Teil verbraucht werden oder wird sogar als Pfand (wie z.B. Eigentumswohnung, Eigenheim) nach dem Tode mit der gezahlten Hilfe verrechnet. BAföG ist zum Teil sofort nach dem Studium zurückzuzahlen.

Das führt dazu, dass circa 40% aller Berechtigten nicht einmal ihnen zustehende Leistungen beantragen. Es gibt auch die Gegentendenz, besonders unter jüngeren Erwachsenen, sich der gegenseitigen Unterhaltspflicht zu entziehen und nicht mehr im Familienverband zu leben, um Sozialleistungen zu erhalten.

Es sollte auch nicht außer Acht gelassen werden, dass Menschen, welche auch nur 1EUR mehr als die festgelegte Höhe der Sozialleistungen besitzen keinerlei Unterstützung erhalten und letztendlich sogar schlechter gestellt sind als ALG 2-Empfänger.

Die heutige Praxis der Zahlung von Wohngeld, BAB und BAföG bevorzugt die besser Verdienenden, indem sie höhere Freibeträge zu ihrer eigenen Verfügung angerechnet bekommen.

Ich erwähne dies extra um zu zeigen, dass die heutige Praxis wenig mit Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu tun hat.

Bereits 2007 gab es Berechnungen¹⁾, dass zu diesem Zeitpunkt die Summe aller gezahlten Sozialleistungen auf jeden Bundesbürger heruntergerechnet 800 EUR pro Monat ergibt.

Ausgehend von diesem Fakt kann man jedem Bürger mit Einführung eines Grundeinkommens, der Zahlung eines Betrages ohne Bedingungen, ohne Antragstellung und Offenlegung eine Grundsicherung zahlen.

So ist jeder auch in Notsituationen wie Krankheit, Unfall, Familienproblemen u.ä. gesichert, die uns jeden Tag ereilen können.

Die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens wird kein kurzfristiger Prozess sein. Es gilt alle Schichten der Gesellschaft mehrheitlich zu über-

zeugen und zu gewinnen. Jeder hat seine persönlichen Befindlichkeiten, die einer Umgestaltung der Gesellschaft gegenüberstehen.

Es wird für viele, falls sie mit dem ihnen zustehendem Grundeinkommen nicht ihre zusätzlichen Bedürfnisse erfüllen können, notwendig sein einer Erwerbstätigkeit nachzugehen (Was für die Gesellschaft auch notwendig ist!).

Durch die zunehmende Digitalisierung (Automatisierung) kann es sein, dass man seinen bisherigen Arbeitsplatz verlieren wird. Das Bedingungslose Grundeinkommen garantiert eine soziale Absicherung und wirkt Existenznöten entgegen. Das ist nur ein Aspekt der schon einmal genannt werden muss. Leistungsdruck, die Angst den Arbeitsplatz zu verlieren und Angst um die Zukunft, belasten heute viele Menschen. Man schämt sich vielleicht als Versager dazustehen, weil das Arbeitsverhältnis gekündigt wurde. Überstunden führen zur Vernachlässigung der Familie oder gefährden die Partnerschaft. Andere ordnen sich bedingungslos unter, weil der Partner schon die Arbeit verloren hat, und man sein über Jahre mühselig Erspartes erst aufbrauchen muss, ehe man Anspruch auf Arbeitslosengeld 2 hat. Selbst der gut ausgebildete Intellektuelle landet schnell ganz unten, weil er nach dem Studium keinen Arbeitsplatz erhält, sein Projekt ausgelaufen ist oder die Firma Insolvenz anmelden musste. Wer schon einmal in dieser Situation war und ähnliches erlebt hat, wird sicherlich noch mehr Probleme aufzählen können.

Nach den jetzigen Vorstellungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommener der Linken soll jeder Bürger des Staates²⁾ ab 16 Jahren einen Grundbetrag in Höhe von 1076 EUR bzw. jedes Kind ein Kindergrundeinkommen in Höhe von 538 EUR monatlich netto ohne Gegenleistung bekommen³⁾.

Weiterhin sind einige Punkte des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens erwähnt:

- Arbeitszwang als Ausdruck autoritärer bzw. totalitärer Regimes wird grundsätzlich abgelehnt. Erwerbsarbeit gilt als eine von vielen Tätigkeiten und Formen gesellschaftlicher Teilhabe, aber nicht als die zentrale.

- Das Grundeinkommen wird jeder und jedem monatlich in voller Höhe auf ihr bzw. sein Konto überwiesen. Es wird in Verbindung mit einem gesetzlichen Mindestlohn (mindestens 10 EUR/Stunde, perspektivisch

12 EUR) eingeführt und soll eine Umverteilung von oben nach unten sowie eine geschlechtergerechte Neuausrichtung von Erwerbsarbeit und anderen notwendigen Tätigkeiten befördern.

- Die Höhe des Grundeinkommens ist an die Höhe des Volkseinkommens gekoppelt⁴) und soll sicherstellen, dass jeder Mensch über ein existenz- und teilhabesicherndes Einkommen verfügt. Jeder Mensch mit Erstwohnsitz in Deutschland hat einen Rechtsanspruch auf das Grundeinkommen.

- Das BGE ist mit anderen Einkünften voll kumulierbar (es wird dadurch nicht geschmälert), so dass sich bei den meisten Menschen das Gesamtnettoeinkommen aus BGE plus weiteren Bezügen zusammensetzt. Jeder Mensch, der außer dem BGE noch andere Einkommen hat, steht finanziell bedeutend besser da als der reine BGE-Beziehende; ein angemessener Lohnabstand ist also immer gegeben.

- Allerdings wird eine Grundeinkommensabgabe (BGE-Abgabe) in Höhe von 33,5 Prozent auf alle Bruttoprimäreinkommen⁵) erhoben, die sofort mit dem Grundeinkommen verrechnet wird. Der Differenzbetrag wird als Grundeinkommen ausgezahlt. Auf diese Weise reduziert sich das ausgezahlte Grundeinkommen mit steigenden Einkünften. Ab 3224 EUR Bruttoprimäreinkommen im Monat wird das individuell garantierte Grundeinkommen nicht mehr ausgezahlt, da die zu entrichtende BGE-Abgabe in diesem Fall höher ist als das Grundeinkommen.

- Nur hohe Einkommen (ab 7000 EUR Brutto im Monat) werden deutlich stärker belastet. Dadurch soll eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung geschaffen werden.

- Mit der Einführung des BGE werden alle steuerlichen Freibeträge und Absetzungsmöglichkeiten inklusive Ehegattensplitting und Kinderfreibeträgen gestrichen. Lediglich das Grundeinkommen, staatliche und kommunale Sozialtransfers sowie Sozialversicherungsleistungen (Erwerbslosengeld, Renten etc.) bleiben steuer- und abgabenfrei.

- Es werden drei Einkommensteuersätze eingeführt, die sich an der Höhe des BGE für Erwachsene orientieren. Die ersten 2160 EUR Bruttoprimäreinkommen pro Monat und Person (bis zum zweifachen BGE-Satz) werden pauschal mit 5 Prozent besteuert. Zwischen 2161 und 5400 EUR pro Person und Monat (bis zum fünffachen BGE-Satz) fallen 15 Prozent Einkommensteuer an, für jeden Euro darüber 25

Prozent.

- Das neue Rentensystem besteht aus der Basisrente (= BGE) plus gesetzlicher, umlagefinanzierter, solidarischer BürgerInnenzusatzversicherung im Volumen von derzeit ca. 116 Milliarden EUR.

Diese Summe wird durch einen Versicherungsbeitrag von insgesamt 7 Prozent auf alle Bruttoprimäreinkommen finanziert. Bei Lohneinkommen wird der Beitrag paritätisch zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen aufgeteilt (jeweils 3,5 Prozent). Bei Selbständigen zahlt den »Arbeitgeberanteil« der Auftraggeber.

Wenn es keinen Auftraggeber gibt, erfolgt die Finanzierung aus dem Staatshaushalt.

Das Renteneintrittsalter ist ab dem vollendeten 60. Lebensjahr frei wählbar. Für jeden Monat, den ein Mensch später in Rente geht, erhöht sich der Rentenzahlbetrag.

- Die Kranken- und Pflegeversicherung wird zu einer gesetzlichen solidarischen BürgerInnenversicherung umgebaut und eine einheitliche Abgabe von 14 Prozent eingeführt, die bei Lohneinkommen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zu gleichen Teilen (jeweils 7,0 Prozent) tragen. Alle bisher privat Versicherten werden mit Einführung der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung in das neue System integriert.

Alle Menschen, die keine Primäreinkommen, sondern nur das Grundeinkommen und eventuell andere Sozialtransfers (Rente, Erwerbslosengeld, Krankengeld usw.) haben, sind kostenfrei gesetzlich kranken- und pflegeversichert. Wie bei der Rentenversicherung werden die »Arbeitgeberbeiträge« für Selbständige, sofern es keinen Auftraggeber gibt, aus dem Staatshaushalt finanziert.

- Die bisherige Arbeitslosenversicherung soll zu einer solidarischen Erwerbslosenversicherung umgebaut werden. Diese könnte unseren Vorstellungen nach wie folgt aussehen:

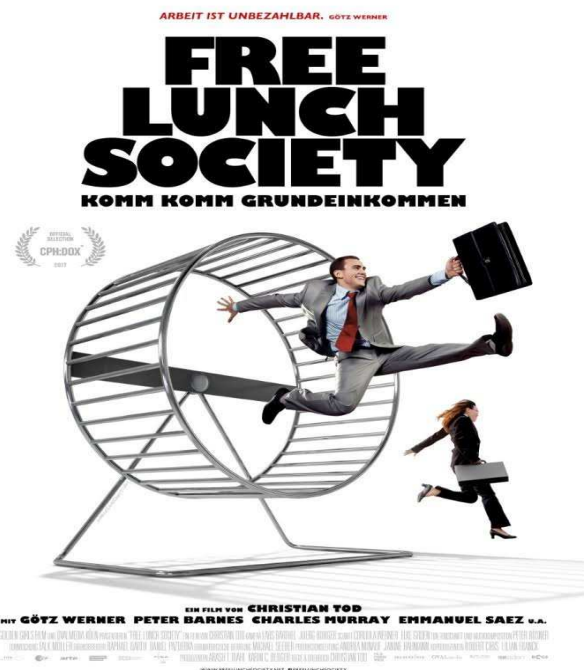
Das Erwerbslosengeld (ELG) entspricht 60 Prozent der letzten Nettobezüge (bis zu einer maximalen Höhe von 2000 EUR pro Monat) und wird zusätzlich zum Grundeinkommen gezahlt. Die Mindestinzahldauer für einen Anspruch auf das ELG beträgt 1 Monat. Die Auszahlungsdauer richtet sich nach der Länge der vorhergehenden Erwerbstätigkeit. Nach einem Monat Erwerbstätigkeit wird es einen Monat lang gezahlt, nach 2 Monaten zwei Monate lang usw. Ab einem

Jahr Erwerbstätigkeit beträgt die Auszahlungsdauer 12 Monate plus einen Monat für jedes weitere Jahr der Erwerbstätigkeit. Werden Anwartschaften nicht voll genutzt, weil die Erwerbslosigkeit schon vorher endet, so gehen diese Zeiten nicht verloren, sondern werden dem Berechtigten gutgeschrieben und bei einer eventuellen neuen Erwerbslosigkeit mitgezählt. Mit Erreichen des Renteneintrittsalters erlischt der Restanspruch auf Erwerbslosengeld.

Die Erwerbslosenversicherung wird wie die anderen gesetzlichen Sozialversicherungen durch Beiträge – in diesem Fall zwei Prozent – auf alle Bruttoprimäreinkommen finanziert.

- Da das bedingungslose Grundeinkommen an die volkswirtschaftliche Entwicklung gekoppelt ist, würde die Höhe der Geldleistung bei einem Schrumpfen des Volkseinkommens ebenfalls sinken. Das BGE ist von uns zwar nicht als antizyklisch (gegen die Rezession) steuerndes Korrektiv gedacht, soll aber auch nicht zur Verschärfung einer Wirtschaftskrise beitragen, indem die Grundeinkommensleistung im Krisenfall gekürzt wird. Um dieses Problem zu lösen, wäre es sinnvoll, Haushaltsüberschüsse oder frei werdende Gelder in einen Rücklagefonds in Höhe von maximal 10 Prozent des Volkseinkommens zu überführen. Weitere Informationen zum Grundeinkommen in der nächsten Ausgabe.

- 1) Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut, Pressemitteilung vom 26.03.2007
- 2) Die Erläuterung und Betrachtung zur Problematik „Bürger eines Staates“ folgt in einem anderen Teil unserer Serie.
- 3) laut Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens der Linken.
- 4) 50 Prozent des Volkseinkommens sollen als Grundeinkommen gewährt werden. Das Volkseinkommen



ist die Summe aller von Inländern im In- und Ausland bezogenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Löhne, Gehälter, Mieten, Zinsen, Pachten, Unternehmensgewinne). Es betrug laut Statistischem Bundesamt 2011 1963 Milliarden Euro. Der Gesamtbeitrag der Grundeinkommen für alle in Deutschland mit Erstwohnsitz lebenden Menschen beträgt also ca. 981,5 Milliarden Euro.

5) Bruttoprimäreinkommen sind alle Einkommen vor dem Steuerabzug und vor Abgabenabzug (Löhne, Gehälter, Dividendenzahlungen, Mieteinnahmen, Gewinne etc.) außer dem Bedingungslosen Grundeinkommen, den staatlichen und kommunalen Sozialtransfers sowie Sozialversicherungsleistungen (inkl. der übernommenen Arbeitgeberbeiträge für Selbständige).
S.&B.W.

Neues aus dem BBZ „lebensart“ e.V.:

„homo sum“-Ausgabe 1/2018 mit Chronologie zur deutschen LSBTI-Geschichte

Der thematische Schwerpunkt der neuen Ausgabe der „homo sum - Quartalsblatt für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ des BBZ „lebensart“ e.V. bildet eine umfangreiche Chronologie der deutschen LSBTI-Geschichte unter dem Untertitel „Verfolgung, Duldung, Gleichstellung - 1864 bis 2017“. Abgerundet wird die „homo sum“ mit Kurzbeiträgen und Veranstaltungsempfehlungen sowie einem Queer-Guide für Sachsen-Anhalt.

Die Druckausgabe wird voraussichtlich ab 13. März verteilt.

NEU: Praxisleitfaden zum Abbau von Diskriminierung in der Schule

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat kürzlich unter dem Titel „Diskriminierung an Schulen erkennen und vermeiden“ einen Praxisleitfaden veröffentlicht. Die ADS schreibt hierzu „Deutschland ist vielfältig - das sehen wir nicht zuletzt in unseren Klassenzimmern. Der Schutz vor Diskriminierung ist dabei ein zentrales Thema, denn Schulen sind Orte, an denen Kinder lernen können, wie wichtig ein gleichberechtigter und fairer Umgang miteinander ist. Schule kann aber zugleich auch der Ort sein, an dem Kinder zum ersten Mal Diskriminierung erfahren – sei es durch Gleichaltrige, durch Lehrkräfte oder auch durch diskriminierende Strukturen wie fehlende Barrierefreiheit oder Klischees in Schulbüchern. Mit diesem Leitfaden möchten wir Sie motivieren, sich aktiv für Chancengerechtigkeit und gegen Diskriminierung an Schulen einzusetzen.“ Der Leitfaden zeigt auf, wo in Schulen Diskriminierung stattfindet, welche Auswirkungen Diskriminierungserfahrungen auf Betroffene haben, welchen rechtlichen Diskriminierungsschutz es im Bereich Schule gibt und wie Schulen Antidiskriminierung verankern können. Zudem werden Anregungen für konkrete Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung aufgezeigt.

http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Leitfaden_Diskriminierung_an_Schulen_erkennen_u_vermeiden.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Bildungswochen gegen Rassismus 2018 – Schwerpunktthema: Solidarität

Vom 9. bis 24. März 2018 veranstaltet „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“, dessen Gründungsmitglied das BBZ „Lebensart“ e. V. ist, die siebten Bildungswochen gegen Rassismus in Halle (Saale). Die Aktionswochen sind Teil der weltweiten Initiative „Internationale Wochen gegen Rassismus“ und finden an unterschiedlichen, interessanten Orten in ganz Halle statt.

Der diesjährige Themenschwerpunkt ist Solidaritätsgemeinsam miteinander und füreinander einzustehen. Im Aufruf heißt es:

„Dieser Begriff wird von unterschiedlichen Seiten besetzt und interpretiert. Für wen gilt unsere Solidarität, wie wird Solidarität gelebt und was verstehen Sie darunter – darüber möchten wir mit Ihnen ins Gespräch kommen.“

Es werden wieder in den fünf Stadtquartieren dezentrale Veranstaltungen stattfinden und Akteure mit den interessierten Nachbarinnen und Nachbarn ins Gespräch kommen können, um bestehendes Engagement zu stärken oder neues zu initiieren und Akteuer*innen zu vernetzen.“

<http://bildungswochen.de/programm>

Filmabend: PRIDE (GB, 2014, 120 Minuten) am Mittwoch, 21. März 2018, 19:30 Uhr im BBZ „Lebensart“ e.V.

Die britische Regierung führt 1984 einen erbitterten Kampf gegen die Gewerkschaft der Minenarbeiter, die gegen die Privatisierung und Schließung der Minen streiken. Von unerwarteter Seite kommt Hilfe. Da Lesben und Schwule ebenso unter der herrschenden Politik zu leiden haben, beschließt eine Londoner Gruppe, sich mit den Arbeitern zu solidarisieren und Spenden zu sammeln. Als sie das Geld in einem verschlafenen walisischen Dorf überbringen, prallen zwei Welten aufeinander... Bronski Beat trifft Gaelic Folk. Nicht in jedem Waliser findet die illustre Truppe einen dankbaren Verbündeten. Doch die Gegensätze sind nicht so unüberbrückbar, wie es zunächst scheint und schon bald stellt sich echtes Disco-Feeling bei den hüftsteifen Walisern ein. Es ist der Beginn einer außergewöhnlichen Freundschaft mit bis heute historischen Folgen. Der Film verbindet sozialen Realismus und britischen Humor zu einem berührenden Lehrstück über die Kraft von Toleranz und Solidarität.

Der Filmabend findet im Rahmen der Bildungswochen 2018 gegen Rassismus von „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“ statt. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

25. März 2018 11:00 Uhr

Gedenken an die Märzgefallenen von 1920 und 1921 auf dem Friedhof in Ammendorf

Einladung in „Syrien“

Seit ich 2015 im Oktober eine E-Mail bezüglich einer Vormundschaft für geflüchtete Minderjährige erhalten habe, bin ich hin und weg vom Gedanken, jemanden in Not zu unterstützen und ihm meine Kultur beizubringen. Natürlich mache ich das nicht ganz uneigennützig; ich möchte im Gegenzug auch etwas von ihm erfahren. Mit meinem Mündel hat es nie geklappt, aber letztes Jahr im Sommer lief mir unverblümt ein syrischer Jugendlicher über den Weg, mit dem ich mich auf Anhieb verstanden habe. Khalaf ist mittlerweile 19, nennt mich Mutti und uns verbindet eine innige Freundschaft.

Letztes Jahr im September habe ich ihn meinen Eltern vorgestellt. Wir waren zusammen essen, es gab Tapas. Khalaf ist sehr offen für neue Kulturen und lernt schnell. Ich habe ihn beraten und wir haben probiert. Bei den kleinen Speisen ist das ja auch kein Problem. Jeder bestellt und alle essen mit. Was Dir nicht schmeckt, schmeckt vielleicht mir. Khalaf war begeistert und sehr angetan von dem Essen. Obwohl ich mir zumeist nicht vorstellen kann, dass er von seinen Portionen satt wird. Mir kommt es so vor, als traue er sich nicht oder es ist eben doch eine andere Küche. Im Vertrauen hat er mir gesagt, dass die Mädchen aus Damaskus die besten Köchinnen sind. Anfang des Jahres musste er mir unbedingt erzählen, dass er ein Mädchen aus Damaskus kennengelernt hat und seither mit ihr kocht. Zumindest lernt er mit ihr kochen.

Ende Februar erreichte mich eine Einladung vom Khalaf; er lud mich und meine Eltern zu einem syrischen Essen ein – selbstgekocht, bei ihm zu Hause. Seine Cousins kämen auch, ob uns das störe? Nein, natürlich nicht. Ganz im Gegenteil, wir waren sehr gespannt auf den interkulturellen Austausch.

An jenem Samstag erreichten wir zuerst als Gäste Khalafs Wohnung. Es ist eine Neubauwohnung in Merseburg. Khalaf begrüßte uns bereits vom Balkon aus. Sein Lächeln verriet mir, dass er sich sehr auf uns freut. Nach einem kleinen Treppentieg erklimmen wir seine Wohnung; er wohnt im Dachgeschoß. Beim Betreten der Wohnung stellten wir eine Häuslichkeit fest – neben der Garderobe war ein Teppich für die Straßenschuhe bereit gestellt. Darauf noch ein abtropfender Wischmopphalter. Khalaf bot uns Hauschuhe an und führte uns dann in seiner Wohnung herum. Groß war sie nicht, aber funktional. Die Küche

besichtigten wir als erstes. Er hatte sich eine Schrankwand gebraucht besorgt und hinein gestellt. Ansonsten gab es Herd und Wascheinrichtung. Das Wohnzimmer war sehr spartanisch eingerichtet, aber für syrische Verhältnisse sehr modern. Es gab einen Schreibtisch an einer Wandseite und einen Schrank für seine Schulutensilien. An der gegenüberliegenden Wand befand sich ein Sofa und ein ausziehbarer Esstisch, auf welchem Hyazinthen standen. Ein Sessel befand sich noch im Zimmer und ein Teppich machte den Raum wohnlich. Durch das Fenster schien die Sonne herrlich und freute sich offensichtlich über unser Zusammentreffen. Mein Vater nahm im Sessel Platz, wir zwei Damen begaben uns auf die Couch. Khalaf setzte sich zu uns. Ich weiß nicht wie lange, aber wir plauderten über dies und das. Über seinem Schreibtisch waren Klebezettel geheftet, die lauter schwierige Vokabeln wiedergaben. Ich las Genozid und fragte mich, was er wohl in seinem Sprachkurs oder in der Realschule behandelt hatte. Wir erläuterten deutsche Geschichte hier und kamen auf aktuelle Gegebenheiten zu sprechen. Khalaf lauschte wie immer sehr intensiv. Irgendwann klingelte es und seine Cousins kamen. Nacheinander begrüßte uns ein Mann und ein Kind, dann ein Zweiter und eine Frau. Ganz Deutsche kommentierte ich meine Begrüßung der zweiten Runde, „zuerst die Frau“ und gab ihr meine Hand. Sie lächelte mich schüchtern an und schüttelte zaghaft meine Hand. Die Männer verstanden, lachten auf und akzeptierten. Es wurden Stühle herangeholt und wir setzen uns allesamt wieder. Es gab nur ein kurzes Gespräch. Sie war erst seit anderthalb Woche in Deutschland und konnte sich mit uns nicht groß austauschen. Als bald verschwand sie in der Küche und begann das Essen für das Servieren vorzubereiten. Ihr Mann verschwand daraufhin ebenso und es blieben nur der andere Cousin und wir im Wohnzimmer zurück. Khalaf als Gastgeber verschwand mit in der Küche. Khalafs Cousin macht tagsüber einen Deutschkurs und arbeitet am Vormittag bei den Tafeln. Er braucht das Anwenden der Sprache, wie er uns erzählt. Ich berichtete aus meiner Vergangenheit und dem Erlernen des Englisch. Ich bestätigte, dass Anwenden das A und O sind. Wir kamen schnell ins Gespräch und als bald tauschten wir uns über arabische Vokabeln aus, die wir auf dem Shirt des Kindes

sahen. Wo auch immer Probleme in der Kommunikation auftraten, wurde Khalaf hinzu gerufen und er musste übersetzen. In der Zwischenzeit wurde der Tisch vor uns mit Speisen betafelt, die uns beim bloßen Anblick und beim Geruch das Wasser im Mund zusammenlaufen ließen. Allesamt syrische Speisen, und durchaus schmackhaft angerichtet und zubereitet. Nicht lange und unsere komplette Gesellschaft kam am Tisch zum Sitzen und wir begannen das Mahl. Khalaf reichte Brot die Runde herum. Es ist ähnlich einem Fladenbrot, nur dünner. Es wird benutzt, um die Speisen zu greifen und darin einzuwickeln. Ach, in Syrien isst man mit der Hand. Es wurde zwar Besteck bereit gelegt, aber ich wollte so essen, wie es in Khalafs Heimat üblich ist. Wir Deutsche rupften das Brot und tunkten es umständlich in die vorbereiteten Speisen. Wenn man Glück hatte, griff man etwas Festes wie Fleisch und es gab keine Gefahr, es fallen zu lassen. Schlüpfrige Speisen landeten durchaus auf der Hose, was zu allseitigem Gelächter führte. Mein Vater, wohl der Untalentierteste von uns, wurde mit mundgerechten Stücken versehen. Er brauchte nur noch zugreifen. Meine Mutter und ich quälten uns durch diverse Speisen, die allesamt sehr gemüsig angehaucht waren. In Syrien isst man gesund. Das Spektakulärste war eine vegetarische Speise aus Paprika und Aubergine, die zuerst gegrillt wurden. Das Raucharoma war immer noch in der Speise zu schmecken und begeisterte uns Frauen auf das Größte. Alles in allem wurde an diesem Tag für uns aufgetafelt und wir bekamen mehrere Speisen zugleich vorgestellt. An normalen Tagen würde es nicht so viele Gerichte geben. Wohl gesättigt und mit verschiedenen Geschmacksnoten konfrontiert, kapitulierten wir letztendlich vor den Schüsseln auf dem Tisch; es war einfach zu viel. Unser Gastgeber und die Helfer zeigten sich zufrieden, dass es uns geschmeckt hat. Wir plauderten noch über dies und das, bevor wir uns verabschiedeten. Ich war positiv überrascht, dass mich Khalafs Cousine bei der Verabschiedung familiär mit drei Küssen auf der Wange verabschiedete. Im Flur beim Anziehen machten wir noch Späße à la „er ist aber auch nicht dünn“, was zum Gelächter bei Khalafs Cousine führte. Zuvor hatte ihr Mann sie als dick bezeichnet. Mit einem „wir machen das noch einmal“ verabschiedeten wir uns schließlich und zogen zufrieden in die Nacht.

Daniela Müller, Redaktion Saalekreis

Beginn: 14 Uhr, Ende: gegen 18 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität
Saaleufer, Böllberger Weg 150,

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro.
Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.

PREISSKAT in Halle
am Freitag, dem
13. April 2018



Einladung:

Vortrag „Betriebsbesetzung als Alternative zu Unternehmensschließungen

Der Ortsverband Querfurt/Weida-Land lädt zu einem Vortrag mit dem deutschen Schriftsteller und Journalisten Daniel Kulla ein. In seinem Vortrag wird ein Überblick gegeben, was uns im Hinblick Digitalisierung der Arbeitswelten und Industrie 4.0 erwartet. Es werden der Zusammenhang zwischen der Produktion nach Bedürfnissen und dem unbegrenzten Wachstum und der Umwelt hergestellt sowie die Kausalitäten aufgezeigt, wie man die Gesellschaft von unten gestalten kann. Exemplarisch wird hierzu auf die Beispiele von Argentinien und Griechenland eingegangen, welche in Daniel Kullas Buch eine Rolle spielen und auf Deutschland projiziert werden können.

Wann: 06.04.2018, 19 Uhr

Wo: Querfurt, Nebraer Straße 18, Büro der MdL Kerstin Eisenreich

Post von Lene

Hallo, liebe Mitlinke, ich bin immer noch fix und fertig und echt wütend, und ich schreibe euch auch warum. Nichts ahnend schnüffelte ich mal wieder in den Zeitungen rum, ob was Politwichtiges für unsere LAL-Geheimzusammenkunft drin steht. Da fand ich doch unter einem bunten Bild in der Zeitung namens MZ einen Artikel mit der Überschrift „Zu den Waffen, ihr Lehrer!“ Hä, dachte ich, wollen die uns jetzt veräppeln oder sollen bei uns an den Schulen, also auch an meiner, die Lehrer neuerdings mit Waffen bestückt werden?

Ich gucke genauer auf das Bild und die Unterschrift darunter und entdecke eines meiner „liebsten“ Politikungeheuer, den Donald Trump in einer Runde mit jungen und älteren Menschen. Ihr habt richtig gelesen- Politikungeheuer, und ich sage euch auch, warum ich den so nenne.

Normalerweise sollen wir ja höflich und gar mit Respekt zu Erwachsenen aufblicken. Aber das geht bei dem Trump nun endgültig nicht mehr und ich sage euch auch, warum ich so denke. In den USA, in einem Landesteil namens Florida, ist etwas Entsetzliches passiert. Ein ehemaliger Schüler ist mit einer Art Maschinenpistole in die Schule gestürmt und hat 17 Kinder und Jugendliche einfach abgeknallt und ein richtiges Blutbad angerichtet. Man nennt so etwas Amoklauf. Und ich erfuhr, dass in den USA jeder ab 18 eine Waffe kaufen kann, weil Trump mit einer großen Waffenlobby zusammenarbeitet und die sollen genügend Profit machen können. Statt nun zu sagen, er will solche Verkäufe an Jugendliche verbieten, fordert der doch stattdessen, die Lehrer sollten sich gefälligst bewaffnen und sich im Schießen ausbilden lassen. Das darf doch nicht wahr sein!! Er soll in die Runde geblickt haben, ob ihm alle zustimmen, weil er sich als besorgter Beschützer der Kinder und Jugendlichen aufspielt. Er fordert die Runde von Schülern und Eltern auf, frei und offen ihre Meinung zu seiner Idee zu sagen. Das reinste Schaulaufen hatte er geplant. Aber sein Plan ging nicht auf. Ein Vater fragte stattdessen: „Wie viele Kinder müssen noch erschos-

sen werden?“ Seine Tochter sei von 9 Kugeln! durchsiebt worden und liege nun auf dem Friedhof. Ein anwesender Schüler weinte und sagte, dass sein bester Freund nun nicht mehr lebt. Er selbst sei gerade 18 geworden, jetzt würde er sich eine solche Waffe kaufen können, mit der sein Freund umgebracht worden ist. Er fragte Trump: „Warum ist das so leicht?“ Und der Trump guckte kurz auf seinen Spickzettel und sagte nur: „Ich trauere mit Ihnen. Wir werden für Sie kämpfen.“ Das war alles- jeder kann sich auch weiter ab 18 bewaffnen, und die Lehrer sollen das künftig gefälligst auch tun, um ihre Schüler zu beschützen. Entsetzlich, finde ich. Deshalb sage ich „Politikungeheuer“, und zwärein gefährliches. Hoffentlich setzen die Amerikaner ihn ab, bevor er weiteres Unheil anrichten kann. Ich weiß aber nicht, ob das geht.

Nun wisst ihr, warum ich fix und fertig und wütend bin. Sicher habt ihr auch wie wir erfahren, dass es nun doch eine GROKO zwischen der Merkelpartei und der SPD gibt. Viele, vor allem junge Mitglieder, auch Jusos genannt, wollten das nicht, Deshalb gab es eine Mitgliederbefragung, aber über 60 Prozent waren dafür. Ich habe von Oma und Opa gehört, dass es jetzt besonders wichtig ist, dass wir Linken zusammenhalten und nicht wegen jedem Mist streiten, Naja, streiten finde ich ja eigentlich gut, aber wir sollten das nicht immer gleich überall rausposaunen und erst unter uns klären, also erst eine einheitliche Meinung bilden, eh man damit an die Öffentlichkeit geht. Vor allem müssen unsere Abgeordneten im Hohen Haus in Berlin jetzt besonders aufpassen, weil die nazihafte AfD so tut, als würden sie die Interessen der einfachen Leute vertreten. Das tun sie aber in Wirklichkeit nicht. Das wissen wir zur Genüge aus dem Hohen Haus in Magdeburg.

Tschüss für heute
Eure Lene

